

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Großherzoglich-Badische Staatszeitung. 1811-1816 1816**

24.12.1816 (Nr. 357)

# Großherzoglich Badische

## Staatszeitung.

Nro. 357. Dienstag, den 24. Dez. 1816.

### Deutschland.

Am 21. d. sind Sr. Durchl. der Erbprinz von Holstein-Oldenburg von Stuttgart wieder abgereist.

Der bei der freien Stadt Frankfurt akkreditirte kön. preuß. Minister-Resident, Freih. v. Scholz, hat am 17. d. sein Creditiv bei dem dortigen Senat überreicht, und ist am 20. in dieser Eigenschaft auf die herkömmliche Weise im Namen des Senats becomplimentirt worden.

Am 16. d., dem Geburtstage des Fürsten Blücher, wurde der ihm zu Ehren zu Hamburg gestiftete Blücher-Klub in der bei dieser Gelegenheit sehr geschmackvoll und mit dem Bildnisse des Fürsten gezierten Börseballer feierlich eröffnet. Das Vizepräsidium führte der Verwandte desselben, geb. Konferenzrath v. Blücher, Oberpräsident von Altona. Es wurden die Konstitution dieses Klubs, nebst mehreren Gedichten, und auch die Ringe vertheilt, welche die Mitglieder tragen. Letztere enthalten auf einer schwarzeisenen Platte die von dem Fürsten selbst gegebene Inschrift: Freundschaft, Einigkeit und deutscher Gemeininn.

In diesem Winter ist der durch die Theuerung der Lebensmittel veranlaßte, sonst umgekehrte, Fall eingetreten, daß aus Holland Ladungen von Kartoffeln aus Hamburg verschrieben worden sind.

### Frankreich.

Am 18. d. hat die Deputirtenkammer, nach einigen Debatten, den Gesetzesentwurf wegen einstweiliger Erhebung der Steuern im künftigen Jahre auf den Fuß von 1816 mit 164 gegen 30 Stimmen angenommen. Sie hörte in der Folge den Bericht ihrer Kommission über die Kunstschaffserhebungen abwesender Militärpersonen etc. an, und setzte die Diskussion darüber auf den 23. d. fest, worauf sie sich in einen geheimen Ausschuss zu Anhörung eines Vorschlags des Gen. Vicut. Ernouf bildete.

Der König hat am 18. d. das Conseil der Minister präsidirt.

Das Besekabinet des Kaiserhauses Procope zu Paris ist, dem Vernehmen nach, kürzlich geschlossen worden.

Bisher war die Art der Milderung der gegen den Genieadjutanten Monier ausgesprochenen Todesstrafe noch nicht bekannt; nun erfährt man, daß dieselbe in Deportation verwandelt worden ist.

In der Nacht vom 8. d. starb zu Chalons sur Saone der Malteserkomthur, Ritter d'Hautefeuille, ehemaliger Ordensgesandter zu Brüssel, in einem Alter von 83 Jahren.

Die Genter Zeit. erzählt: Am 14. d. kam es auf dem Markte zu Lille zu ziemlich ernsthaften Unruhen, wozu der hohe Preis der Kartoffeln Anlaß gab. Die Soldaten der Besatzung wollten nur die Hälfte von dem, was man forderte, bezahlen; es kam darüber zu Streitigkeiten mit den Verkäufern, die sich damit endigten, daß die Soldaten um einen von ihnen selbst festgesetzten Preis die Kartoffeln wegnahmen, welchem Beispiel bald der Pöbel folgte. In wenigen Augenblicken war der Markt ausgeleert. Nun zogen Soldaten und Pöbel nach den Häusern, wo sie große Vorräthe vermutheten, und verkauften dort die Kartoffeln nach einer bestimmten Taxe. Die Polizeiagenten glaubten, um größern Unfug vorzubeugen, diesen erzwungenen Verkauf selbst leiten zu müssen, der daher in zieml. Ordnung vor sich gieng. Der Maire suchte durch eine Rede an das Volk der Unordnung zu steuern; man hörte aber nicht auf ihn, insultirte ihn jedoch auch nicht.

In der Bremer Zeit. vom 16. d. liest man: Nachrichten aus Paris zufolge sollen die Zahlungen an die Allirten seit dem 1. d. sistirt seyn, weil der Kassenmangel die Fortsetzung derselben erst im Febr. 1817 möglich mache. Als Ursache wird angegeben, daß die Lieferung

an die fremden Ghere bei dem hohen Steigen der Kornpreise weit mehr erfordert habe, als dafür in Anschlag gebracht worden. — Die Kasselsche Zeitung vom 19. d. sagt in dem nämlichen Betreffe: Dem Vernehmen nach soll die französl. Regierung den hohen alliierten Mächten die weitere Zahlung der Kriegskontributionen aufgeschündigt, und anderweitige Arrangements für den Rest angeboten haben. Die Zahlungsschuldung sollte bereits mit dem 1. dieses Monats beginnen; die Bots waren aber früher ausgetheilt, von Franzosen aufgekauft, und durch deren Einfluß bewirkt, daß das Trimester vom 1. D. 1816 bis Ende Febr. 1817 noch ausgehalten wird. — Ein Privatschreiben aus Paris vom 13. d., in der allg. Zeit., äußert sich über denselben Gegenstand folgender Gestalt: Ein unverbürgtes, doch allgemein verbreitetes Gerücht behauptet, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten habe vor einigen Tagen die Gesandten der alliierten Mächte zu sich eingeladen, und ihnen erklärt, die französische Regierung sey nicht mehr im Stande, alles in den übereingetommenen Terminen zu bezahlen. Die Gesandten sollen hierauf erklärt haben, sie würden hierüber an ihre Höfe Bericht erstatten; nur einer äußerte, wie man sagt, er beschehe schlechterdings auf Leistung der Zahlungen in den bestimmten Fristen.

Am 18. d. fanden die zu 5 v. h. konsolidirten Fonds zu 55 $\frac{1}{2}$ %, und die Bankaktien zu 1160 Fr.

#### G r o ß b r i t a n n i e n .

In Londner Blättern vom 13. d. liest man: Das öffentliche Verhör der wegen der Vorfälle am 2. d. in der City verhafteten Personen hat vorgestern auf dem Stadthause angefangen. Niemand will sich schuldig erkennen; der eine befand sich zufällig unter dem zusammengerotteten Haufen; ein anderer, statt Theil an den Unordnungen zu nehmen, suchte ihnen vielmehr zu steuern; ein dritter fand das Gewehr, das er bei seiner Arretirung trug, auf der Straße, und dachte an nichts weniger, als irgend einen Gebrauch davon zu machen. Der Lord Mayor hat in dem Laufe der Instruktion mehrmals versichert, er habe die bestimmtesten Anzeigen, daß der von Spa-Field wild und drohend nach der Stadt gezogene Theil der Versammlung die Absicht gehabt habe, so vieler Gewehre, als möglich, habhaft zu werden zu suchen, um damit den zurückgebliebenen Theil zu bewaffnen, und dann Pläne von der abscheulichsten

Art auszuführen. Der jüngere Watson ist noch nicht entdeckt.

Folgendes ist der wörtliche Inhalt der Petition der Stadt London, welche am 9. d. dem Prinzen Regenten feierlich überreicht wurde, und worauf wir die Antwort Sr. kön. Hoh. bereits mitgetheilt haben: Wir, Sr. Maj. gehorsamste und getreueste Unterthanen, der Lord Mayor, die Aldermen und Gemeinen der Stadt London, im Rath versammelt, nahen uns Ew. kön. Hoh. unterthänigst, um die Leiden und Beschwerden des Volks zu schildern, und ehrfurchtsvoll die Annahme solcher Maßregeln vorzuschlagen, die wir zur Sicherheit, Ruhe und zum Wohlstand des Königreichs unumgänglich nothwendig halten. Wir enthalten uns, in die traurigen Auftritte von Entbehrungen und Leiden, die es überall giebt, tiefer einzugehn; das Elend, das seit so manchen Jahren immer höher stieg, ist endlich unerträglich geworden; es wird nicht mehr hier und da empfunden; nicht mehr auf einen Theil des Reichs ist es beschränkt; Handel, Kunstfleiß, Ackerbau, alle gehen unter keinem unwiderstehlichen Drucke zu Grunde, und es ist unmöglich geworden, für einen großen Theil des Volkes Arbeit zu finden, noch weniger die ungeheuern Lasten zu ertragen. Wir bitten Ew. kön. Hoh. recht sehr, zu erwägen, daß unsere jetzigen verwickelten Uebel nicht aus einem bloßen Uebergange vom Kriege zum Frieden, noch aus plötzlichen oder zufälligen Ursachen entstanden sind, und daher eben so wenig durch einseitige oder vorübergehende Hülfen gehoben werden können. Unstre Schwere sind die natürlichen Folgen vornehmer und verderblicher Kriege, die man ungerecht ansteng, und hartnäckig, ohne vernünftige Zwecke, fortsetzte: ungesühret Subsidien an fremde Mächte, um ihr eigenes Gebiet zu vertheidigen, oder das ihrer Nachbarn zu verlegen — eines betrügerischen Papiergeldes — einer verfassungswidrigen und unerbitterten Heeresmacht in Friedenszeiten — der beispiellosen und immer steigenden Stillsitze — der ungeheuern Summen, die für unbediente Gnadengelder und Sinecuren bezahlt werden, und der verschwenderischen und unbesonnensten Verwendung der öffentlichen Gelder in allen Zweigen der Regierung, lauter Folgen von dem verderbten und verhältnißlosen Zustande der Volksvertretung im Parlament, wodurch die ganze verfassungsmäßige Aufsicht über die Diener der Krone verloren gieng, und das Parlament unter den

Willen der Minister gebeugt wurde. Wir können nicht umhin, unsern Kummer und Schmerz zu bezeugen, daß ungeachtet Ew. königl. Hoh. die Gnade hatten, bei der Eröffnung des Parlaments Sparsamkeit zu empfehlen, Ihre Minister nichts desto weniger sich jedem Vorschlage zur Minderung der Staatsausgaben widersetzen, und eine Majorität finden konnten, um ihr Benehmen, der Empfehlung Ew. kön. Hoh. und dem lauten Willen des Volks zum Hohn, durchzusetzen, und zu heiligen, und somit, zu den oft aufgestellten Thatsachen, die man im Jahr 1793, in einer von dem ehrenw. Charles, jetzigen Lord Grey, übergebenen Bittschrift, vor den Schranken im Hause der Gemeinen zu beweisen unternahm, und woraus hervorgieng, daß die große Masse des Volks von allem Antheil an den Wahlen der Mitglieder ausgeschlossen ist, und die Mehrheit dieses ehrenw. Hauses auf die Besitzverfallener Burgstücken, den Einfluß des Schatzes und wenig angesehene Familien zurückfällt, von dem verderbten Zustande des Reichs neuerdings einen traurigen Beweis zu liefern. Unserer verschleuderten Hülfquellen beraubt, können wir die drückende Last der Abgaben nicht länger ertragen, und geben Ew. kön. Hoh. unterthänigst zu erkennen, daß nichts als die Abstellung dieser Mißbräuche, und, wenn man dem Volk sein gutes verfassungsmäßiges Recht an den Wahlen der Parlamentsglieder zurückgibt, gegen ihre Wiederkehr Sicherung gewähren, die Besorgnisse des Volks stillen, ihre aufgereizten Gefühle besänftigen, und dem Unglück vorbeugen kann, in welches eine hartnäckige und thörigte Unhänglichkeit an dieses System der Verderbnis und der Ausschweifungen das Volk unabwendbar verwickeln muß. Wir bitten Ew. kön. Hoh. daher unterthänigst, sobald wie möglich das Parlament zu versammeln, und die Gnade zu haben, diese wichtigen Gegenstände, und die Annahme zweckmäßiger Beschlüsse zur Abschaffung aller unnützen Ämter, Gnadengelder und Sinecuren — zur Verminderung der ungeheuren Heeresmacht — zu jeder thunlichen Verminderung der öffentlichen Ausgaben, und zur Wiederherstellung der dem Volke gebührenden Theilnahme an der Gesetzgebung seiner unverzüglichen Berathung zu empfehlen.

Ein am 29. Jun. von Macao angekommenes Schiff hat die Nachricht überbracht, daß man daselbst jeden Augenblick die nach China bestimmte engl. Gesandtschaft er-

wartete. Von einer im chinesischen Reiche ausgebrochen seyn sollenden Revolution wußte es nichts.

### Niederlande.

In der Sitzung der zweiten Kammer der Generalstaaten am 12. d. kam es zur Verhandlung über zwei Vorschläge: 1) das Verbot der Getreideausfuhr aus dem Herzogthum Luxemburg, und 2) das allgemeine Verbot des Ausfuhrs aus dem Königreich zu Wasser und zu Land. Ersterer Vorschlag wurde mit einer Mehrheit von 60 gegen 12 Stimmen genehmigt. Gegen den zweiten Vorschlag sprachen mehrere holländische Redner. Einige Personen erlaubten sich, bei dieser Gelegenheit zu pfeifen; der Präsident bemerkte ihnen, daß sie weder Billigungs- noch Mißbilligungszeichen geben dürften, widrigenfalls sie sich entfernen müßten. Nach geschlossener Verhandlung wurde gestimmt, und der Vorschlag mit 42 gegen 35 Stimmen gleichfalls angenommen. Als der Präsident das Resultat bekannt machte, hörte man auf den Tribünen Bravo rufen. Sogleich verordnete derselbe, daß sich die Zuhörer entfernen sollten, welches um so weniger Schwierigkeiten fand, da die Sitzung zu gleicher Zeit aufgehoben wurde.

Am 16. d. Abends wurde von dem Brüsseler Assisengericht ein in den noch von Bonaparte's Zeiten her berühmter Prozeß wegen unreiner Verwaltung der Amtswerber Detrougelder verurtheilter Hr. Marechal, der wenigstens dem Namen nach, an der Spitze der diesfälligen Regie stand, zu fünfjähriger Zwangsarbeit und zur Bezahlung einer Entschädigungssumme von 100,000 Fr. an die Stadt Antwerpen verurtheilt.

### Preussien.

Nachrichten aus Berlin vom 17. d. melden die Ankunft des kais. östreich. Generals, Grafen v. Wallmoden, von Wien.

Einer Bekanntmachung des Finanzministeriums zufolge, sollen bei allen öffentlichen Kassen in den kön. Rheinprovinzen die bisherigen Berechnungen in franz. Gelde mit dem 1. Jan. 1817 gänzlich aufhören, die Reduktion der Heberollen, Etats- und Kassenbücher ohne Ausnahme nach der Würdigung des Fünffrankenstück zu 1 Thaler 7 Groschen 6 Pfennigen auf preuß. Geld vorzunehmen, die darnach festgestellten Abgaben nur in preuß. Gelde eingefordert, und eben so die Ausgaben geleistet

